

Morris

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando
 Vierteljährlich 3,90 Mk., monatlich 1,30 Mk.,
 wöchentlich 30 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 1,30 Mark pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-
 Preisliste. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Österreich-Ungarn
 2,50 Mark, für das übrige Ausland
 4 Mark pro Monat. Postabonnements
 nehmen an Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

erschaltet 12/11.

Die Interfons-Gebühr
 beträgt für die sechs-spaltige Kolonelle
 oder deren Raum 60 Pf., für
 zehnspaltige und gewerkschaftliche Berichts-
 und Berichterstattungs-Anzeigen 80 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“, das letztgedruckte
 Wort 30 Pf., (jeweils 2 letztgedruckte
 Worte), jedes weitere Wort 10 Pf.,
 Stellenangebote und Geschäftsvermitt-
 lungen das erste Wort 10 Pf., jedes
 weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buch-
 staben zählen für zwei Worte. Anzeigen
 für die nächste Nummer müssen bis
 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moriaplan, Nr. 151 90-151 97.

Freitag, den 4. August 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moriaplan, Nr. 151 90-151 97.

„Erntedienst — Kriegsdienst“.

Im Anschluß an die vorgestern von uns veröffentlichten Rundgebungen der lippischen und Altenburger Regierung über die Durchführung eines eventuellen Arbeitszwanges für die Erntezeit, namentlich gegenüber Frauen und Rentenempfängern, möchten wir nachträglich auf einen Artikel in der „Deutschen Tageszeitung“ vom 28. Juli über „Erntehilfe für die Landwirtschaft“ hinweisen, der uns recht interessante Zusammenhänge aufzudecken scheint. Das agrarische Blatt wies unter anderem darauf hin, daß namentlich für die Vergung der Kartoffelernte ein Mangel an Arbeitskräften bestehe. Wie die Landwirtschaft, wenn ihr nicht durchgreifende Arbeitskräfte zuteil werde, rechtzeitig mit ihr fertig werden solle, sei nicht abzusehen. Aus ihrem Leserkreise seien der „D. T.“ mannigfache Anregungen zugegangen, für die ländliche Arbeitskräfte in der Erntezeit unbefähigte städtische Arbeitskräfte in größerem Maßstabe zu organisieren, insbesondere weibliche, denen gegenüber wieder die Idee des „weiblichen Dienstjahres“ angeregt werde. Das Blatt selbst hegt einige Zweifel, ob die städtischen Kräfte wirklich in so durchgreifendem Maße für die Erntehilfe mobil gemacht werden könnten; daß aber die in den Städten „brachliegenden“ Kräfte herangezogen werden müssen, erscheint auch ihm notwendig. Daran knüpft es, unter Hinweis auf einen Bericht des Vorstehers des Arbeitsnachweises der schlesischen Landwirtschaftskammer, wonach von 2000 von ihm vermittelten Breslauer Arbeitslosen 20 Proz. Frauen und 80 Proz. Männer kontraktbrüchig geworden seien, die Warnung, zur Auswahl geeigneter städtischer Arbeitskräfte eine feste Organisation zu schaffen und gegebenenfalls einen gewissen Zwang walten zu lassen.

Den Zwang, schreibt das Blatt, verstehen wir zunächst jedenfalls nicht dahin, daß etwa eine förmliche Mobilisierung aller städtischen Kräfte, die nicht nachweislich in der Stadt selber nützlich oder gar dringend beschäftigt sind, stattzufinden habe; von einer solchen Hilfe würde sich auch die Landwirtschaft kaum etwas versprechen. In dieser Beziehung denken wir vielmehr nur an eine durchgreifende Organisation für Arbeitskräfte, die freilich das Recht haben müßte, Arbeitslose zur Verwendung in der Landwirtschaft zu bestimmen, die aber auf eine gewisse Eignung für ländliche Arbeit schon deshalb sehen müßte, weil andernfalls die der Landwirtschaft zugeführten Kräfte ihr leicht mehr Last als Nutzen bringen könnten. Diese Organisation, die von bekümmerten Behörden, namentlich auch von militärischer Seite, auszugehen hätte, müßte aber, abgesehen von der Verteilung der Arbeitskräfte, die Arbeitsbedingungen, unter Berücksichtigung immer der einschlägigen besonderen Verhältnisse, festlegen und eine gewisse Arbeitsaufsicht durchzuführen, um solche Erscheinungen, wie der Arbeitsnachweis der schlesischen Landwirtschaftskammer sie in der obigen Fußnote feststellt, zu verhindern. Inwiefern müßte der Erntedienst allerdings gewissermaßen als Kriegsdienst gelten. Ein gewisser Zwang würde namentlich auf jugendliche Personen, denen die Landarbeit wohl vorwiegend zunächst wenig behagen dürfte, ebenso wirksam wirken, wie der militärische Zwang auf die Rekruten, die am Dienst ja auch nicht sofort Geschmack finden, unter dem Einflusse des Zwanges aber doch meist bald seine Segnungen spüren.

Den „Segnungen“ dieses eigenartigen „Erntedienstes“ für die davon betroffenen Arbeitskräfte stehen wir freilich recht skeptisch gegenüber, müssen aber zugleich gestehen, daß die empfohlene Zwangsaushebung städtischer Arbeitskräfte für die Landwirtschaft dieser in der Tat neue „Segnungen“ — zu den vielen, die ihr die Kriegszeit beschert — in den Schoß werfen würde. Uns ernstlich mit den Klagen der Landwirte über die „kontraktbrüchigen“ Arbeiter auseinanderzusetzen, haben wir um so weniger Lust, als sie von den Agrariern schon seit Jahrzehnten vorgebracht werden. Würden die Arbeitsbedingungen, die Löhne usw. auf dem Lande besser sein, so würden die Arbeiter die „Segnungen“ der Landarbeit nicht wieder mit dem Glend der Arbeitslosigkeit vertauschen. Nun soll nicht nur der Freizügigkeit der Arbeiter durch eine „gewisse Arbeitsaufsicht“ ein Damm gesetzt, es sollen auch Zwangs- und Previsionsmaßnahmen in Anwendung gebracht werden, wie sie zum Teil schon in den Erlassen der lippischen und Altenburger Regierung angekündigt werden.

Natürlich heißt es bei der Begründung derartiger Forderungen und Maßnahmen stets, das Interesse des Vaterlandes erfordere eine durchgreifende „Erntehilfe“, Gut. Wenn dem so ist, so möge die Landwirtschaft, die ihre Interessen als Produzentin ausgezeichnet wahrzunehmen versteht, nun auch als Konsumentin der Ware Arbeitskraft den Interessen der Arbeitnehmer durch entsprechende Löhne und Arbeitsbedingungen gerecht werden. Dann wäre sicherlich jeder „Zwang“ überflüssig. Daß aber die berufenen Vertreter der Landwirtschaft, die den „Segnen“ der Konjunktur bis auf die Reize ausschöpfen, den städtischen Arbeitskräften nun außer der Last der emporgeschraubten Lebensmittelpreise auch noch den Zwangsdienst aufbürden wollen, ist ein Unterfangen, gegen das wir im Interesse der Arbeiterschaft den schärfsten Protest erheben.

Imperialismus und Arbeiterklasse in Australien.

Von allen Enttäuschungen, die wir während des Krieges erlebt haben, war vielleicht die größte die Kapitulation der Demokratie vor dem Nationalismus und Imperialismus. Sicher hatte die Demokratie nirgend einen so hohen Entwicklungsgrad erreicht als in Australien. Die australische Republik war tatsächlich als erste soweit gelangt, eine Arbeiterregierung zu befehlen, das heißt, eine Regierung, in der das Proletariat eine fast absolute Kontrolle über die lokalen und bundesstaatlichen Angelegenheiten des Landes hatte. Australien war ein Land, in dem der größte Teil der Gesetzgebung den Interessen der Arbeiter diente, und wo die Grundlagen der Demokratie am gesündesten waren. Dieses ganze wunderbare, mit Mühe und Beharrlichkeit errichtete Gebäude ist vor einer Erscheinung eingestürzt: dem Nationalismus und Imperialismus.

So außerordentlich die Tatsache ist, muß man doch erkennen, wenn man die Phänomene aus der Nähe prüft, daß es nicht anders sein konnte, denn die führenden Schichten der australischen Arbeiter hatten sich darauf versteift, bei dem Bau ihres Staatswesens ein nationales Gebäude zu errichten, und hatten vergessen, zu gleicher Zeit den Grund zu der internationalen industriellen Organisation zu legen. Und deshalb trug das Wirken dieser Arbeiter seinen Todeskeim in sich. Denn, im Gegensatz zu den Sozialisten und zu den internationalen Gewerkschaftern waren sie nicht für den Umsturz des kapitalistischen Systems. Was sie anstrebten, war einfach die Teilnahme an dem bürgerlichen Regierungssystem. Nachdem dieses Ziel einmal erreicht war, mußten sie gezwungenermaßen die Politik des kapitalistischen Systems, das heißt, eine nationallistische und imperialistische Politik, mitverfolgen.

Zu der Tat haben die Führer der Arbeiterpartei (Labour Party) jetzt im Kriege weder ihre Hilfe noch ihren Eifer für die Sache des britischen Imperialismus gespart. Sie haben die Rekrutierung der Truppen für die britische Armee sehr warm unterstützt. Und sie haben ein ebenso bedeutendes Kontingent von Männern gestellt, wie Kanada, obwohl die Bevölkerung von Australien ungefähr die Hälfte von der Kanadas ausmacht.

Der Teil der australischen Arbeiter, der noch immer an der Politik ihrer Regierung festhält, ist von Stolz über die vollendete Aufgabe erfüllt. Und er zieht hieraus — ganz im Sinne der bürgerlichen Gedankengänge der „alten Welt“ — die Konsequenz, die die Zeitung „Dulletin“ in Sidney wie folgt formuliert: „Weil Australien in diesem Kriege eine ebenso mächtige Armee gestellt hat wie die, die England seit 20 Jahren besaß, hat es ein Recht beim Friedensvertrag einen Anteil an der Beute zu verlangen.“

Die australische Arbeiterregierung hat auch ihren Premierminister nach England entsandt, der ihre Interessen vertreten und zugleich die Treue Australiens zum Mutterland kundgeben sollte. Der Arbeiter-Premierminister, der ehemals berühmte William Morris Hughes, begann seine Laufbahn als revolutionärer Arbeiter. In England hat ihn die imperialistische Presse warm empfangen. Die alliierten Regierungen haben ihn wie einen Messias gefeiert. Die Aufgabe, die sich dieser Exrevolutionär gestellt zu haben scheint, ist die Organisation des britischen Weltreichs. Sein Ideal wäre die Errichtung eines Föderativreiches mit einem zentralen Kriegsministerium und einer Politik des aggressiven Imperialismus und Militarismus.

Auf der Wirtschaftskonferenz der Alliierten, die in Paris stattfand, hat er sich ganz besonders mit dem wirtschaftlichen Krieg nach dem Kriege beschäftigt. Herr Hughes hat ein Zollregime zwischen den Alliierten begünstigt, das Minimalzölle für den Austausch von Waren innerhalb der verbündeten Länder festsetzen würde, „vernünftige“ Zölle für die neutralen Länder und ein Prohibitivtarif für alles, was von deutscher Herkunft ist.

Wie man sieht, ist diese „Arbeiterpolitik“ Imperialismus in demokratische Formen gekleidet. Aber man darf nicht glauben, daß diese Politik in Australien allgemeine Zustimmung findet. Schon vor dem Kriege bestand eine große Unzufriedenheit unter den ungelerten Arbeitern, deren Streiks von der Arbeiterregierung unterdrückt wurden — und daselbe Element bildet heute den Oppositionskern gegen die Arbeiterregierung. Die Erfahrung hat, die seit dem Beginn des Krieges in Australien stattgefunden haben, sind alle gegen die Regierung ausgefallen. Nach und nach kehrt auch bei der australischen Arbeiterklasse die Besinnung wieder, verstärkt durch eine tiefere Einsicht in die großen Zusammenhänge der Politik. Die Arbeiterpartei selbst ist durch den Druck der Bevölkerungszwängen worden, ihren Premierminister zu desavouieren — und nach und nach geben sich die australischen Arbeiter Rechenschaft von der Unzulänglichkeit des „Laborisme“ (Arbeiterregierung), um zu Kampfmethoden überzugehen, die den internationalen Interessen des Proletariats und seinen großen Endzielen eher entsprechen als die bisher vorherrschenden Methoden.

Casements Urteil vollstreckt.

London, 3. August. (W. T. B.) Neutermeldung. Heute um 9 Uhr früh wurde Roger Casement erschossen.

Wenn auch nach juristischen Begriffen der Tatbestand des Hochverrats vorgelegen haben mag, wäre es von England politisch unendlich viel lächerlicher gewesen, wie in früheren Fällen Grobmut zu üben. Derartige politische Gewaltakte sind, wie die Geschichte lehrt, noch immer zum Nachteil der Regierungen ausgefallen, die das gebotene Maß politischer Besonnenheit nicht zu wahren verstanden.

Amsterdam, 3. August. (W. T. B.) Es geht aus der Meldung des Neuterschen Bureau über die Hinrichtung Casements nicht hervor, ob Casement gehängt oder, wie zuerst gemeldet wurde, erschossen worden ist.

Zur englischen Regierungskrise.

Rotterdam, 3. August. (W. T. B.) Nach einem Telegramm des Nieuwe Rotterdamischen Courant aus London schreibt der Londoner Korrespondent des Manchester Guardian seinem Blatte unter dem 2. August, daß Asquith im Unterhause einiges Aufsehen erregte, als er sagte, er wisse nicht, wer in der nächsten Session für die Arbeitsteilung des Hauses verantwortlich sein werde. Die Bemerkung hätte vielleicht kaum mehr als vorübergehende Verwunderung erregt, wenn nicht gestern (Mittwoch) abend eine Nachrichtenagentur eine, wie verlautet, von maßgebender Stelle stammende Erklärung verbreitet hätte, daß der Bemerkung Asquiths keine weitere Bedeutung beizumessen sei. Allein die Tatsache, daß eine derartige Erklärung verbreitet wurde, gibt nach dem Korrespondenten des Manchester Guardian der ursprünglichen Bemerkung Asquiths schon Bedeutung. Viele mächtige Beurteiler der parlamentarischen Lage halten eine Rekonstruktion der Regierung für sehr wahrscheinlich und nahe bevorstehend. Wenn es dazu kommt, wird auch ein neuer Premierminister kommen müssen. In den letzten zwei Wochen hat Asquiths Ansehen sehr gelitten. In den letzten Tagen hat die Regierung eine Reihe von Niederlagen erlitten, und außerdem hat die irische Frage Asquith in eine schwierige Lage gebracht. Man kann nicht vermuten, wie die Rekonstruktion des Kabinetts aussehen wird. Wenn Asquith zurückträte, könnte nur ein Liberaler sein Nachfolger werden, und der einzig mögliche Liberaler wäre Lloyd George. Es steht außer Zweifel, daß Carson wieder ins Kabinett aufgenommen werden wird, vermutlich als Nachfolger Lloyd Georges als Staatssekretär für den Krieg.

Asquith über die Pariser Wirtschaftskonferenz.

London, 3. August. (W. T. B.) Neutermeldung. Unterhaus. Asquith eröffnete gestern die Debatte über die Beschlüsse der Pariser Wirtschaftskonferenz mit einer Rede, in der er sagte: Der Zweck der Beteiligung Englands an der Konferenz war erstens, den Feind zu überzeugen, daß die Alliierten entschlossen sind, den Krieg mit voller Einigkeit zu führen, auf dem wirtschaftlichen ebenso wie auf dem militärischen Boden; zweitens, Vorbereitungen für die Zeit nach dem Friedensschluß in anbetracht der bekannten Haltung Deutschlands zu treffen. Deutschland wird fortmachen, nach dem Kriege von demselben Geist befeuert zu sein, und organisiert bereits seine Industrie für einen Angriff auf die Märkte der Alliierten sowie für einen kräftigen und wenn möglich siegreichen Angriff auf die Märkte der Neutralen. Es sei eine wesentliche Friedensbedingung, fuhr Asquith fort, daß Belgien, Serbien, die besetzten Teile Frankreichs und Polen materiell und wirtschaftlich wiederhergestellt würden. Asquith betonte, es sei aber jedem einzelnen unter den Alliierten anheim gestellt worden, die Politik zur Durchführung der Beschlüsse der Konferenz auszuarbeiten. Diese Beschlüsse seien nicht gegen die Neutralen gerichtet. Inzwischen sei aber in neutralen Ländern, namentlich in Amerika, die Befürchtung entstanden, daß die Beschlüsse gegen die Neutralen gerichtet seien. Das sei nicht der Fall. Sie saften bloß die notwendigen Selbstverteidigungsmaßnahmen gegen einen wirtschaftlichen Überfall ins Auge, der die Lebensinteressen der Alliierten bedrohe, aber bei der Durchführung dieser Maßregeln werde alle Anstrengung gemacht werden, um zu verhindern, daß die Neutralen darunter litten.

Eine Botschaft Poincarés an die Armeen.

Paris, 3. August. (Z. N.) Gavas meldet aus Paris: Anlässlich des zweiten Jahrestages des Kriegsbeginns veröffentlicht das Armeebulletin eine Botschaft Poincarés an die Armeen. Der Präsident ruft den Angriff der Feinde in Erinnerung, die fälschlich behaupteten, daß sie provoziert worden seien. Hieraus rühmt er die Haltung des französischen Volkes, das sich im Zustande einer rechtmäßigen Verteidigung befindet und die Union stets aufrecht erhalte, die die Bedingung für den Sieg sei und die in der Parlamentssession vom 4. August 1914 eine grandiose Weihe empfangen habe. Der Krieg sei unverzüglich ein nationaler Krieg in des Wortes ganzer Bedeutung geworden. Der Präsident spricht dann von den Anzeichen des Sieges. Eure Geduld und eure Tapferkeit haben während langer Monate den Druck der deutschen Armeen ausgehalten. Ihr habt Frankreich erlaubt, seine Kucherei mit Kriegsmaterial zu organisieren, Belgien und Serbien ihre Armeen zu rekonstruieren. Ihr habt England Zeit verschafft, seine bewundernswerten Divisionen zu bilden, die gegenwärtig an eurer Seite zu kämpfen. Ihr habt Rußland dazu verholfen, sich mit Gewehren und Kanonen zu versehen.

